



2. Aktualisierung

Interne Dienste und Kreistag
Az.: 32
Datum: 06.09.2004
Sachbearbeiter/in: Britta Ammoneit

Vorlagenart	Vorlagennummer
Anfragen	2004/129
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich

Beratungsgegenstand:

Beantwortung von schriftlichen Anfragen gemäß § 19 Abs. (1) Geschäftsordnung

Status	Sitzungsdatum	Gremium
Ö	27.09.2004	Kreistag

Abzeichnung:

Landrat

Organisationseinheit

Sachlage:

Zur Beantwortung in der Kreistagssitzung am 27.09.2004 wurde folgende Anfrage gestellt:

**1. Anfrage der GRUPPE vom 28.06.2004 (Eingang: 28.06.2004);
Zusammenlegung der Volkshochschulen in Stadt und Landkreis Lüneburg**

„Wir möchten die Verwaltung bitten dem Kreistag in der kommenden Sitzung die Auswirkungen des neu geplanten Erwachsenenbildungsgesetzes für die beiden Volkshochschulen vorzustellen, sowie die daraus notwendigen Folgerungen und Auswirkungen zu erläutern.“

**2. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.08.2004 (Eingang: 24.08.2004);
Sparbeschlüsse der Niedersächsischen Landesregierung**

„Die verkündeten Sparbeschlüsse der Niedersächsischen Landesregierung bringen im Jahre 2005 sowohl Aufgabenverschiebungen als auch erhebliche Kürzungen von Finanzaufweisungen. Welche Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben erwartet die Landkreisverwaltung für das Jahr 2005 für den Landkreis Lüneburg nach Vorlage der Sparliste der CDU/FDP-Landesregierung für das Haushaltsjahr des kommenden Jahres?“

**3. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.08.2004 (Eingang: 02.09.2004);
Kosten der Schulstrukturreform**

„Die Schulreform der Landesregierung kostet die Kommunen „eine Menge Geld“, meint laut Stader Tageblatt vom 03.06.2004 der Niedersächsische Städtetag. Nach Harald Kunze, Referent beim Städtetag, müsse die Masse der Schulträger mehr ausgeben, etwa für Schülerbeförderung und für An- und Ausbauten. Sein Kollege vom Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund, Meinhard Abel, sieht in der Weigerung des Landes, sich am Aufwand der kommunalen Schulträger zu beteiligen, „den ersten Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip“.

Zur nächsten Kreistagssitzung am 27.09.2004 stellt die SPD-Kreistagsfraktion folgende Anfrage:

Welche Mehrkosten entstehen dem Landkreis durch die Schulreform zum Schuljahr 2004/05 durch:

An- und Umbauten an Schulgebäuden,

Bereitstellung von Schulcontainern,

Schülerbeförderung,

Leerstand an Räumlichkeiten in bisher genutzten O-Stufen.

Welche dieser Mehrkosten stehen unmittelbar im Zusammenhang mit der Schulreform und wären nach dem Konnexitätsprinzip vom Land zu tragen?“

**4. Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.09.2004 (Eingang: 03.09.2004);
Hartz IV-Reform**

„Im letzten Sozialausschuss ist parteiübergreifend der Antrag nach Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft Landkreis Lüneburg / Agentur für Arbeit im Rahmen Hartz IV beschlossen worden. Dies vorausgeschickt bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es Überlegungen zum Personalübergang des Landkreises Lüneburg und in welchen Räumlichkeiten soll die gemeinsame „Agentur“ eingerichtet werden?
2. Wie viele Hilfeempfänger werden Stand 01.09.2004 voraussichtlich Arbeitslosengeld II erhalten?
3. Gibt es gemeinsame Überlegungen mit der Agentur für Arbeit, dem Landkreis Harburg und der Stadt Lüneburg die bewährten § 19 BSHG-Beschäftigungsverhältnisse fortzuführen oder sogar zusätzliche (1 Euro) Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen?
4. Wie hoch schätzt die Kreisverwaltung die Zuschüsse des Landes aus der Nettoentlastung des Landes (90 Mio. Euro ab 01.01.2005) aufgrund der eingesparten Minderausgaben für Wohngeldzuschlag?“

27.09.2004 Kreistag

S04-153